Die Einsetzung eines ökosozialen „Global Marshall Plan“ könnte die Welt nachhaltig verändern

Horst W. Zillmer⁵

Am 5. Juni 1947 forderte der Ökonomieprofessor der Harvard-Universität und spätere Friedensnobelpreisträger George Marshall die Einrichtung eines Hilfsprogramms für das im Krieg zerstörte Europa. Der im Folgejahr vom US-Kongress verabschiedete „Marshall Plan“ für den Wiederaufbau Europas löste als beispielloses Hilfsprogramm eine schnelle wirtschaftliche Erholung sowie eine neue Zuversicht in der Bevölkerung aus.

Nach nunmehr 60 Jahren wachsenden Wohlstands in den entwickelten Ländern befindet sich die Welt nunmehr in einer zunehmend schwierigen, wenn nicht gar in einer bedrohlichen Situation. Die Folgen einer weiterhin raschen globalen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstumsdynamik lassen verstärkt häufig dramatische Fehlentwicklungen, beispielsweise im Umweltbereich und im Ressourcenverbrauch hervortreten. Unser Planet gilt zuneh-

mend als gefährdet, sollten wir nicht bald global verantwortlich handeln.

„Globale Probleme verlangen globale Handlungsweisen“ (Kofi Annan). Die Vereinten Nationen haben dazu die „Millenniums-Entwicklungsziele“ verabschiedet. Die Vereinbarung wurde von 191 Staaten unterzeichnet und sieht die Umsetzung des beschlossenen 8-Punkte-Programms bis zum Jahr 2015 vor. Bereits heute wird die Umsetzung des Programms als eher unwahrscheinlich eingeschätzt, da die dafür verfügbaren Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe von etwa 100 Mrd. Euro nicht annähernd ausreichen.

Immer mehr Menschen profitieren heute weltweit vom Austausch von Gütern, Erfahrungen und vom internationalen Wettbewerb. Zugleich verbleiben die meisten Menschen im Schatten des globalen Geschehens und müssen ihr Dasein lebenslang in zu-

⁵ Der Autor ist Gründer und 1. Vorsitzender der Stiftung „Kinder in Afrika“, Reinbek und Autor des Buches „Die Zukunft beginnt heute...“

meist menschenunwürdigen Lebensverhältnissen fristen. Es ist daher eine globale Herausforderung an alle, erkennbare und auch für die entwickelten Länder bedrohliche Fehlentwicklungen nicht weiterhin zu verdrängen, sondern mit Nachdruck zu bekämpfen, wie die extreme Armut, die wachsende Umweltzerstörung, den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs um annähernd 50% bis zum Jahr 2050 und die Schaffung des Zugangs für alle zu sauberem Trinkwasser sowie zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen.

Von der Öffentlichkeit noch weitgehend unbemerkt hat die „**Global Marshall Plan Initiative**“ (Hamburg) einen bemerkenswerten Vorstoß für die Einrichtung eines „**Öko-sozialen Global Marshall Plan**“ plädiert mit dem Ziel, jährlich 100 Mrd. Euro haushaltsunabhängig und wettbewerbsneutral aufzubringen, um damit vorrangig zunächst die „Millenniums-Entwicklungsziele“ der Vereinten Nationen zu unterstützen und dauerhaft zu sichern. Angesichts jährli-

cher Aufwendungen von etwa 1000 Mrd. Euro für das Militär und 300 Mrd. Dollar an Subventionen für die Landwirtschaft erscheint das angestrebte Budget für einen „Global Marshall Plan-Fonds“ mit 100 Mrd. Euro als eine halbwegs „realistische“ Größenordnung.

Die Initiatoren eines „Global Marshall Plans“ regen für die Aufbringung der Fondsmittel an:

- die Erhebung einer Abgabe auf alle **internationalen Finanztransaktionen** (die Einführung einer „**Tobin-Tax**“),
- eine Welthandelsabgabe auf alle grenzüberschreitenden Warenwerte (die Einführung einer „**Terra-Tax**“),
- die Erhebung einer Kerosinsteuer im Flugverkehr,
- die Nutzung von **Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds (IMF)**.

Zur Erschließung weiterer Finanzierungsquellen fügt der Autor dieses Beitrags ergänzend hinzu:

- die Einführung einer weltweiten Abgabe von 5 Dol-

lar pro Tonne auf alle CO₂-Emissionen (d.s. 135 Mrd. Dollar jährlich),

- die Wandlung von Entwicklungshilfekrediten in Maßnahmen für den Umweltschutz sowie für Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen.

Diese Mittel aufzubringen bedarf es der Unterstützung der großen und einflussreichen gesellschaftlichen Kräfte in Europa aus der Politik, Wirtschaft, den Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft, damit in einer „**Allianz für die Zukunft**“ die Ziele zur Umsetzung eines „Ökosozialen Marshall Plans“ und das Erreichen der UN Millenniums-Entwicklungsziele verwirklicht werden können.

Die acht „Millenniums-Entwicklungsziele“ der Vereinten Nationen

(1) Die extreme Armut und den Hunger beseitigen

1 Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern müssen ihren Lebensunterhalt von einem täglichen Einkommen von weniger als 1,- Dollar bestreiten und annähernd 3 Mrd. Menschen leben von einem Einkommen von unter 2,- Dollar am Tag.

Die Vereinten Nationen haben im Rahmen der „Millenniums-Entwicklungsziele“ beschlossen, die Zahl der extrem Armen des Jahres 1990 bis 2015 zu halbieren. Es muss jedoch damit gerechnet werden, dass Lateinamerika und Südasien dieses Ziel verfehlen werden. In Afrika südlich der Sahara hat die Armut sogar zugenommen. Dort und in Südasien müssen zwei Drittel der Bevölkerung von weniger als täglich 2,- Dollar leben.

Andererseits können Länder mit einem anhaltenden Wirtschaftswachstum und hohen Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen auf

durchweg deutlich erkennbare Erfolge bei der Armutsbekämpfung verweisen.

Zugleich wird deutlich, dass die Kluft zwischen dem ärmsten und dem reichsten Fünftel der Weltbevölkerung immer breiter wird.

Langsam rückläufig ist dagegen die Zahl der unterernährten Menschen. Bereits heute zeichnet sich jedoch ab, dass die Halbierung der Zahl der Unterernährten von 840 Mio. (1990), voraussichtlich nicht erreicht werden kann.

Armut ist nicht unvermeidlich. Die Welt verfügt über die materiellen und natürlichen Ressourcen, über das Know-How und über die Menschen, um in weniger als einer Generation eine armutsfreie Welt Realität werden zu lassen“ (Weltbank).

(2) Die Grundschulausbildung für alle gewährleisten

In der Umsetzung des Ziels einer „Grundbildung für alle“ finden wir den Schlüssel zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele. Bereits in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen wird der Anspruch

aller Menschen auf die Erlangung einer Grundbildung als ein Menschenrecht geschützt. Dennoch hält sich die Zahl der Analphabeten weltweit bei 771 Millionen, davon sind 64% Frauen.

„Etwa 115 Millionen Kinder, das heißt ein Fünftel aller Kinder im schulpflichtigen Alter haben keine Möglichkeit, in einer Grundschule die elementaren Kenntnisse des Lesens, Schreibens und Rechnens zu erlernen. 79 Millionen dieser Kinder, das sind fast 70 Prozent, sind Mädchen. Weitere 150 Millionen Kinder brechen ihre Grundschulausbildung vorzeitig ab. Auch hier sind Mädchen überproportional betroffen.“ (BMZ)

Häufig sind die Grundschulklassen mit bis zu 150 Kindern hoffnungslos überfüllt. Es kommt hinzu, dass viele der schlecht ausgebildeten und unterbezahlten Lehrer eine Nebenbeschäftigung ausüben und die Schulen nur mangelhaft mit Lehr- und Schreibmaterial ausgestattet sind. Daher bleiben viele Kinder auch nach einem Schulabbruch weiterhin Analphabe-

ten und ihnen bleibt daher der Zugang zu einer weiterführenden oder berufsbildenden Schule dauerhaft verschlossen.

Investitionen in die Bildung junger Menschen gehören zu den wirksamsten Investitionen aller Entwicklungsmaßnahmen. Die allgemeine Grundbildung ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung.

(3) Die Gleichstellung der Frauen fördern

Die untergeordnete Rolle der Frau in den Entwicklungsländern widerspricht weitgehend der Schlüsselrolle, die Frauen in wirtschaftlichen und sozial wichtigen Bereichen spielen. So sind Frauen in den Entwicklungsländern zumeist die Haupternährer ihrer Familien und produzieren weltweit über die Hälfte der angebauten Nahrungsmittel.

Frauen haben in vielen Gesellschaften nur Pflichten, jedoch nur wenige Rechte. Beispielsweise gehört der von den Frauen beackerte Boden den Männern. Da Frauen im Normalfall keinen eigenen

Besitz haben (z.B. an Grund und Boden), haben sie keinen Zugang zu den normalen Kreditsystemen.

Auch beim Zugang zu Bildungseinrichtungen sind Frauen nach wie vor erheblich benachteiligt. Ihr hoher Anteil am Analphabetismus enthält eine besondere bevölkerungs- und entwicklungspolitische Bedeutung, da ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand der Frauen und der Kindersterblichkeit und der Anzahl ihrer Kinder erkennbar ist. Frauen mit sieben oder mehr Schuljahren heiraten fünf bis sieben Jahre später und haben zwei bis drei Kinder weniger als Frauen ohne Schulbildung. Mit dem Bildungsstand geht auch wachsendes Selbstvertrauen einher.

Der durchgehende Besuch einer Grund- und einer fortbildenden Schule fördert das Wissen über die Gesundheit der Familie, Beachtung der Hygiene, der Familienplanung und das Wissen über eine gesündere Ernährung und Kenntnisse zu Umweltfragen und Politik. Eine solide Grundausbildung von Frauen

erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass auch ihre Kinder Zugang zu Bildungseinrichtungen nutzen werden.

Bereits 1976 wurde von den Vereinten Nationen die „Weltfrauendekade“ ausgerufen und 1979 die „Konvention für die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen“ verabschiedet. Es folgte 1994 die „Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung“ in Kairo mit dem Ziel, Frauen mehr Einfluss zu verschaffen. „Ohne vollständige Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen wird es keine nachhaltige Entwicklung geben“ (UNFPA). Im Aktionsprogramm von Kairo wurde festgehalten, dass „Bildung und reproduktive Gesundheit zu den wichtigsten Voraussetzungen gehören, damit Frauen ihren Beitrag zum Entwicklungsprozess leisten können“.

„Die gesellschaftliche Aufwertung der Frauen ist eine unverzichtbare Maßnahme zur Sicherung einer tragfähigen globalen Entwicklung und zur Stabilisierung des Bevölkerungszuwachses in der Dritten Welt. In der Verbesserung

der ökonomischen und sozialen Stellung der Frau liegt ein Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung. Frauen müssen Kredite aufnehmen, ihre Rechte vor Gericht einklagen und politische Führerschaft übernehmen dürfen. Der Schlüssel zur Lösung des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt ist die Stärkung der Frau in der Gesellschaft.“ (UNFPA)

Frauenförderung in allen Bereichen zahlt sich lokal und global aus. Es sind Zukunftsinvestitionen, denen höchste Priorität bei der Vergabe von Fördermitteln eingeräumt werden muss, da die Vorteile eindeutig messbar sind. Sie hat direkte Auswirkungen auf die Fertilität und damit auf die Bevölkerungsentwicklung und erfüllt damit ein zentrales Anliegen der Entwicklungspolitik.

(4) Die Kindersterblichkeit senken

Im Jahr 1950 starben in den Entwicklungsländern noch 280 von 1000 Kindern vor dem Erreichen des 5. Lebensjahres. Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten weltweit große Fortschritte in der

Gesundheitsfürsorge erreicht werden konnten, ist im Bereich der Kindersterblichkeit die Kluft beispielsweise zwischen den Ländern Afrikas südlich der Sahara und den entwickelten Ländern weiterhin extrem groß.

	Kindersterblichkeit der Kinder unter 5 Jahren (2002)	Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt (2002)
Welt insgesamt	81 / 1000	67 Jahre
Sub-Sahara-Afrika	172 / 1000	46 Jahre
Entwickelte Länder	7 / 1000	78 Jahre

80% aller Krankheiten in den Entwicklungsländern werden mittel- oder unmittelbar durch eine unzureichende Wasserversorgung ausgelöst (WHO). Dennoch haben noch immer 1,2 Mrd. Menschen in den Entwicklungsländern keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 1,7 Mrd. Menschen verfügen über keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen und in Afrika südlich der Sahara kann annähernd 50% der Bevölkerung keinen Gesundheitsdienst erreichen.

Unter der Mangelversorgung leiden insbesondere die Kinder. So sterben jährlich 6 Millionen Kinder unter 5 Jahren in den Entwicklungsländern an den Folgen einer Fehl- und Unterernährung.

Das Leben der Kinder zu erhalten und vor Krankheiten zu bewahren durch einen konsequenten Aufbau einer angemessenen medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, dazu könnten mit der Einrichtung eines „**Global Marshall Plan-Fonds**“ entscheidende Schritte eingeleitet und jährlich Millionen Kinderleben gerettet werden.

(5) Die Gesundheit der Mütter verbessern

Die Müttersterblichkeit bleibt in den Entwicklungsländern ein großes Problem. Jährlich sterben über 500.000 Frauen infolge einer Schwangerschaft oder Geburt – davon 99% in den Entwicklungsländern.

Die wichtigste Einflussmöglichkeit zur Reduzierung der Müttersterblichkeit ist der Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsfürsorge mit ei-

ner angeschlossenen Familienplanungsberatung. Nach Einschätzung der Weltbank könnten durch einen erweiterten Zugang zu Gesundheits- und Familienplanungsdiensten jährlich 100/200.000 Todesfälle von Müttern und 850.000 Kinder unter 5 Jahren verhindert werden.

Die Entwicklungsländer stehen vor der weiterhin unbewältigten Herausforderung, die Reform ihrer Gesundheitspolitik entschlossen in Angriff zu nehmen. Ein Großteil der gegenwärtigen Krankheitsbelastungen und die hohe Müttersterblichkeit könnten gemindert werden, und die zumeist in bitterer Armut lebenden Menschen könnten ein gesünderes und längeres Leben erfahren. Der Ausbau weiterer Familienplanungsdienste könnte zur Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit der Mütter und zur Bevölkerungsstabilisierung wichtige Beiträge leisten. Ohne Unterstützung der entwickelten Länder – etwa durch die Bereitstellung von Mitteln aus einem „**Global Marshall Plan-Fonds**“ – wird eine Reform des Gesundheitswesens

in den Entwicklungsländern voraussichtlich nicht gelingen.

(6) HIV/AIDS und andere Krankheiten bekämpfen

Seit Beginn der 80er Jahre hat sich HIV/AIDS mit großer Schnelligkeit weltweit verbreitet. Über 40 Millionen Menschen sind mit dem Virus infiziert. Von ihnen leben 95% in den Entwicklungsländern, davon allein 26 Millionen in Afrika südlich der Sahara. Jährlich kommen 5 Millionen Neuinfektionen hinzu. 2,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren sind HIV-infiziert.

Die Hälfte der HIV-Infizierten erkrankt zugleich an Tuberkulose. Jährlich sterben zwei bis drei Millionen Menschen an Tuberkulose und gibt es weitere 8 bis 9 Millionen Neuerkrankungen. 98% der Todesfälle treten in den Entwicklungsländern ein. TB ist die häufigste Todesursache bei AIDS-Kranken.

Jährlich erkranken über 300 Millionen Menschen an Malaria. Davon leben 90% in Afrika südlich der Sahara. Weltweit sterben jährlich über 1 Million Menschen an Malaria, davon sind mehr als die Häl-

te Kinder unter 5 Jahren. In Sub-Sahara-Afrika sterben mehr Kinder an Malaria als an AIDS.

Bei der Krankheitsbekämpfung stehen die Entwicklungsländer vor Herausforderungen, die sie nicht ohne Unterstützung der entwickelten Länder bewältigen können. Das gilt besonders für die Länder in Afrika südlich der Sahara.

Ein „Global Marshall Plan-Fonds“ könnte dazu etwa im Rahmen der Wandlung von Entwicklungshilfekrediten in Maßnahmen zum Ausbau des Gesundheitswesens in ländlichen Regionen wichtige Beiträge leisten. Das gilt beispielsweise auch für die Umsetzung der vorgeschlagenen Erhebung einer landesbezogenen CO₂-Abgabe zur Finanzierung von Gesundheitsfürsorge- und Familienberatungseinrichtungen.

(7) Die ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten

Bereits 1987 wurde von der Brundtland-Kommission der Begriff einer „nachhaltigen Entwicklung“ definiert als: „Den Bedarf der heutigen Generation zu decken, ohne

den Bedarf künftiger Generationen zu gefährden“. Die meisten Staaten haben zwischenzeitlich die Herausforderungen erkannt, die der Umweltschutz an sie stellt und die weltweit große Resonanz erklärt, die die „UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung“ (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro ausgelöst hat und auf der die zukunftsweisende „AGENDA 21“ in Anwesenheit von 115 Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde. Die positiven Ansätze der AGENDA 21 drohen jedoch zu scheitern an der mangelhaften Bereitstellung von Fördermitteln zur Unterstützung von Maßnahmen beispielsweise

- für den Schutz der tropischen Regenwälder und der Artenvielfalt,
- für die Ernährungssicherheit angesichts von 800 Millionen vom Hunger bedrohter Menschen,
- für den Zugang zu sauberem Trinkwasser für 1,3 Mrd. Menschen,
- zur Reduzierung schädlicher Emissionen und Verhinderung der Verschmutzung der Gewässer und

der Versalzung der Ackerböden,
– zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zur Vermeidung der bedrohlichen Folgen des erkennbaren weltweiten Klimawandels.

Hoffnungsvolle Anzeichen für eine zukunftsweisende weltweite solide Umweltpolitik sind gegenwärtig kaum erkennbar. Obwohl die Industrieländer – allen voran die USA – für den weitaus größten Anteil der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, stellen sie bislang nur völlig unzureichende Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung. Es kommt erschwerend hinzu, dass die Bevölkerungsgiganten und aufstrebenden Länder China und Indien die Klimabilanz zukünftig gewaltig verändern werden. So verheizt China gegenwärtig mehr Kohle als die USA, Europa und Japan zusammen und entlässt gewaltige Mengen klima-, gesundheits- und umweltschädliche Schwefel- und Stickoxide, Ruß und Feinstaub in die Umwelt. Jede Woche wird in China ein weiteres Kohlekraftwerk mit einer zumeist geringen Ener-

gieeffizienz in Betrieb genommen, um den schnell wachsenden Strombedarf zu decken. Dabei hätte insbesondere die deutsche Industrie das technische Know-How, um die Energieeffizienz von Kohlekraftwerken erheblich zu steigern und die schädlichen Emissionen auf ein Minimum zu reduzieren.

In den dynamischen Wachstumsländern Asiens würde sich vorhersehbar auch die Förderung der Solar- und Wasserstofftechnologie und Produktion von Biotreibstoffen auf die Klimabilanz positiv auswirken. Ein „Global Marshall Plan-Fonds“ könnte dazu bedeutende Finanzierungsbeiträge leisten.

Es kommt für den Klimaschutz erschwerend hinzu, dass die Weltbevölkerung weiterhin schneller wächst, als bislang erwartet. Während 1950 die Weltbevölkerung 2,5 Mrd. Menschen erreichte, bevölkern heute bereits 6,5 Mrd. Menschen die Erde. Bis zum Jahr 2050 wird die Weltbevölkerung um weitere 40% auf dann 9,1 Mrd. anwachsen – und auch danach weiterhin steigen. Allein im bitterarmen

Afrika werden dann 2 Mrd. Menschen leben und einen wachsenden Wohlstand anstreben. Das ist keine gute Perspektive für die Sicherung einer weltweit ökologischen Nachhaltigkeit, die voraussichtlich nur im Rahmen einer globalen Partnerschaft für Entwicklung in einer ALLIANZ FÜR DIE ZUKUNFT erreicht werden kann. Dazu könnte ein „Global Marshall Plan“ wichtige Impulse für eine Welt in Balance auslösen.

(8) Eine globale Partnerschaft für Entwicklung aufbauen

Vier Fünftel der Weltbevölkerung lebt in einem Zustand, den wir als 'unterentwickelt' bezeichnen und in dem Armut und Hunger, Mangel an Bildung, medizinischer Versorgung und an sauberem Trinkwasser vorherrschen.

„Die verbreiteten Zustände sind ein Skandal. Wir brauchen daher einen verbesserten und verbindlichen globalen Rahmen für die Weltwirtschaft, der die Prozesse mit Umwelt, Gesellschaft und kultureller Vielfalt in Einklang bringt. Mit der schrittweisen

Realisierung einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft soll ein besserer Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft etabliert und der globale Marktfundamentalismus überwunden werden. Im Rahmen eines fairen Weltvertrages gehören dazu Reformen und eine Verknüpfung bestehender Regelwerke und Institutionen für Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Kultur (z.B. in den Regelungsbereichen der UN und ihren Sonderorganisationen ILO, UNDP, UNEP, UNESCO sowie WTO, IWF, Weltbank.“ (Global Marshall Plan).

Die entwickelten Länder haben heute die technischen, finanziellen, wissenschaftlichen und intellektuellen Ressourcen, globale Fehlentwicklungen zu erkennen und ihnen angemessen zu begegnen. Sie tragen daher eine große Verantwortung gegenüber den nachkommenden Generationen für die Wahrung einer nachhaltig umweltverträglichen und sozial gerechten globalen Entwicklung und zur Reduzierung der extremen Armut in den Entwicklungsländern.

Für die Sicherung einer stabilen Welt brauchen wir eine Strategie für die Bewahrung einer nachhaltig tragfähigen globalen Entwicklung in Partnerschaft und im Zusammenwirken mit den Entwicklungsländern. Die Schaffung der dafür notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen ist daher eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Weltgemeinschaft. Es müssen zugleich Regeln gefunden werden, die uns ermöglichen, die definierten Ziele gemeinsam zu finanzieren und damit zu erreichen.

Die Global Marshall Plan-Initiative hat uns gelehrt, dass die Schaffung einer Globalen Partnerschaft für Entwicklung zur Schaffung einer Ökosozialen Marktwirtschaft bereits

viele namhafte Förderer und Unterstützer in Europa gefunden hat.

„Die Zukunft existiert noch nicht. und eben darin besteht unsere große Verantwortung: dass wir die Zukunft beeinflussen, dass wir alles tun können, um sie zu einer besseren zu machen.“

– Karl R. Popper –